



**Niederschrift
zur 5. Sitzung
des Sozialausschusses
am 02.11.2010
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift 07. Juli 2010
- 3 06 - 15 0277/2010 Einrichtung einer neuen Obdachlosenunterkunft im Gebäude Tackenweide 17 in Emmerich am Rhein
- 4 07 - 15 0284/2010 Sachstandsbericht zur Leistungsgewährung nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) – hier besonders die Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten – und nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)
- 5 Vortrag über die Perspektiven der Wohnungsversorgung durch die Emmericher Baugenossenschaft
- 6 07 - 15 0285/2010 Gewährung von Zuschüssen zu den Betriebskosten der sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände in 2010
- 7 Mitteilungen und Anfragen - als Anlage ist ein Schreiben der LINKEN beigefügt -
- 8 Terminabstimmung "Interfraktionelles Gespräch"
- 9 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Ute Sickelmann

Die Mitglieder

Frau Sandra Bongers
Herr Jürgen Brockmann
Herr Christoph Byloos
Herr Gerhard Gertsen
Frau Brigitte Hebben

Vertreter für Mitglied Kapelle

Frau Karin Heering
Frau Marianne Lorenz
Edith Meisters
Herr Manfred Mölder
Herr Patrick Prehn
Herr Karl-Heinz Rybold
Frau Anja Schulte
Frau Birgit Sloat
Frau Elke Trüpschuch

Vertreter für Mitglied Offergeld

Bürgermeister

Herr Johannes Diks

Erster Beigeordneter

Herr Dr. Stefan Wachs

Von der Verwaltung

Herr Hans-Jürgen Kraayvanger
Herr Hans-Ulrich Runge
Frau Elisabeth Schnieders
Herr Hans Sterbenk

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift 07. Juli 2010

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden ansonsten keine Einwände erhoben. Sie wird von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

**3. Einrichtung einer neuen Obdachlosenunterkunft im Gebäude Tackenweide 17 in Emmerich am Rhein
Vorlage: 06 - 15 0277/2010**

Herr Runge und Herr Kraayvanger erläutern den Sachverhalt. Auf Nachfrage von Mitglied Mölder teilt Herr Runge mit, dass zurzeit 14 Personen in der Obdachlosenunterkunft leben, davon zwei Frauen. Mitglied Gertsen fragt nach, wie viele Räume in der Tackenweide zur Verfügung stehen. Hierauf teilt Herr Kraayvanger mit, dass sechs Räume mit jeweils zwei Personen belegt werden können und weitere fünf Räume für eine größere Belegung zur Verfügung stehen.

Mitglied Gertsen begrüßt die Stelle des Hausmeisters, der den Menschen als Ansprechpartner Hilfe leisten soll. Mitglied Brockmann fragt nach, ob der Hausmeister eine besondere Schulung, z.B. als Sozialarbeiter, habe. Herr Runge erwidert, dass die Stelle mit einem Mitarbeiter besetzt werden soll, der über langjährige Erfahrung verfügt. Mitglied Brockmann fragt nach der Einsparung aufgrund des Umzugs von der Industriestraße zur Tackenweide. Herr Runge will den Betrag wegen der öffentlichen Sitzung mit der Niederschrift nachreichen. Mitglied Rybold weist auf die Problematik dieses nicht einfachen Klientels und auf die abgeschiedene Lage des Gebäudes hin. Zudem könne es Probleme mit dem benachbarten Asylbewerberheim geben. Hierauf erwidert Herr Runge, dass eine Trennung durch einen Zaun erfolgen soll. Auf Nachfrage von Mitglied Bongers teilt Bürgermeister Diks mit, dass der Mietvertrag für die Industriestraße zum Jahresende ausläuft.

Vorsitzende Sickelmann betont, dass die Unterbringung in der Obdachlosenunterkunft von Familien mit Kindern möglichst vermieden werden soll. Herr Runge teilt mit, dass in solchen Fällen seitens des Ordnungsamtes auch Wohnungsbeschlagnahmen möglich seien.

Die Vorsitzende hebt hervor, dass sie das Thema Obdachlosenunterkunft kritisch sehe und kündigt an, dass sich der Sozialausschuss in einem halben Jahr ein Bild von der Situation machen wird.

Kenntnisnahme

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

**4. Sachstandsbericht zur Leistungsgewährung nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) – hier besonders die Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten – und nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)
Vorlage: 07 - 15 0284/2010**

Herr Sterbenk erläutert die Vorlage. Zurzeit gibt es insgesamt 1.075 Bedarfsgemeinschaften. Auf Nachfrage von Mitglied Brockmann teilt Herr Sterbenk mit,

dass von den 205 vermittelten Vollzeitstellen mindestens noch ein Drittel ergänzende Leistungen nach dem SGB II erhalten. Mitglied Schulte fragt nach, in wie vielen Fällen Lohnkostenzuschüsse gezahlt wurden. Die Zahl liegt bei 27.

Kenntnisnahme

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

5. Vortrag über die Perspektiven der Wohnungsversorgung durch die Emmericher Baugenossenschaft

Frau Wardemann stellt die Emmericher Baugenossenschaft (EBG) vor. Die EBG gibt es seit 1899, mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Vorteil ist auch, dass keine Kündigung wegen z.B. Eigenbedarf zu erwarten ist. Nachdem im 2. Weltkrieg fast alle Häuser zerstört wurden, sind die jetzigen Objekte alle aus der Nachkriegszeit.

Die EBG zählte zum 31.12.2009 801 Mitglieder mit einem gezeichneten Kapital 687 T€. Das Eigenkapital 2009 betrug 4.697.061,78 € (27,18 %), die Bilanzsumme 2009 lag bei 17.279.445,49 €. Aus Hausbewirtschaftung wurden 2009 Umsatzerlöse von 1.937.323,49 € (aus Sollmieten 1.498.096,42 €) erzielt.

Zum Wohnungsbestand führt Frau Wardemann aus, dass die EBG 448 Wohnungen hat, davon sind 213 öffentlich gefördert.

Die EBG hat Wohnungen verschiedener Größen: 23 Wohnungen: bis 39 qm, 67 Wohnungen in der Größe 39 bis 48 qm, 182 Wohnungen zwischen 48 und 65 qm, 56 Wohnungen zwischen 65 und 75 qm, 67 Wohnungen mit einer Größe von 75 bis 90 qm und 51 Wohnungen, die größer sind als: 90 qm. Die Durchschnittsmieten liegen bei ca. 4,30 €/qm.

Zu den Maßnahmen der letzten Jahre gehören:

1996 Neubau Greisstraße 3a / 5a in Rees, 8 Einheiten

1996/1997 Häuser für Kinderreiche Am Hasenberg / Schützenstraße 10 Stück

1998 Baustraße / Patersteede, 67 Einheiten, 3 behindertengerechte Wohnungen und 14 Altenwohnungen, (Eigentümerin ist nicht Baugenossenschaft, sondern eine „GbR“)

1999 Kauf Hohenzollernstraße / Grollscher Weg, 24 Wohnungen

1999 2 Doppelhaushälften Reeser Feld

2000 Fertigstellung Steinstraße 34, 10 Altenwohnungen

2002 Kauf 3-Familienhaus Speelberger Straße 32

2003 Erstellung von 24 öffentlich geförderten Wohnungen Großer Wall 49-55 (Aufzug, barrierefrei, stadtnah)

2008 Erneuerung der Balkone Tempelstraße 2-8, (Vorsatzbalkone)

2008 Modernisierung Karl-Arnold-Straße 32-36 (Wärmedämmung Fassade / Keller / Dach, neues Flachdach, teilweise neue Fenster, Balkonsanierung, neue Haustüren, neue Vordächer, Treppenhausrenovierung), ca. 660 T€

2008 Beginn des Einbaus von Rauchwarnmeldern in alle Wohnungen

2009 Modernisierungsbeginn Patersteede / Wollenweberstraße (Wärmedämmung Fassade/Dach/Keller, neues Dach, neue Fenster/Hauseingangstüren, neue

Wohnungstüren, Gegensprechanlagen, neue Bäder, Treppenhausrenovierung, Einbau Wasserzweischenzähler, neue SAT-Anlage) Abschluss in 2010, ca. 1.050 T€ Gesamtkosten

2010 Modernisierung Gerhard-Storm-Straße (Wärmedämmung Fassade/Dach/Keller, neues Dach, neue Fenster/Hauseingangstüren, neue Wohnungstüren, Anbau Balkone; Gegensprechanlagen, neue SAT-Anlage..) ca. 360 T€ Gesamtkosten

2010 Modernisierungsbeginn Tempelstraße 2-8 (Wärmedämmung Fassade / Dach / Keller, neues Dach, neue Fenster / Hauseingangstüren, neue Wohnungstüren, Gegensprechanlagen, neue SAT-Anlage) Abschluss in 2011, ca. 780 T€

Zum Auftrag des Unternehmens in der Zukunft für mehr soziale Wohnraumversorgung führt Frau Wardemann aus, dass im Jahre 2007 der Wohnungsbestand bzw. -zustand durch unabhängige Sachverständige erfasst wurde. Ziel sei es bezahlbaren Wohnraum mit zeitgemäßem und einwandfreiem Standard für untere bis mittlere Gehaltsklassen anbieten zu können.

Weitere Vorhaben:

Erhaltung gepflegter Wohnanlagen

Einzelmodernisierung Bäder/Wohnungen

Dämmung oberster Geschossdecken, Kellerdeckendämmung

Weiterhin Modernisierung zur Einsparung von Energiekosten, auch je nach Entwicklung der KfW-Mittel.

Ein Neubau ist nicht geplant; genehmigte Kostenmiete bei einem Neubau bei Mietenstufe 2 in Emmerich: 4,45 €/m²; das wäre schwierig zu realisieren

Mietanpassungen sollen nur moderat und ausgewogen durchgeführt werden (keine Orientierung am Höchstwert des Mietspiegels, sondern ein Mittelwert)

Frau Wardemann führt auch aus, mit welchen Schwierigkeiten das Unternehmen zu kämpfen hat. So wurden nach der Modernisierung die Mieten zum Beispiel an der Karl-Arnold-Straße angehoben. Dabei handelt es sich um öffentlich geförderter Wohnungsbau: Der Kreis genehmigte eine Erhöhung der Mieten um 1,22 €/qm, die Baugenossenschaft erhöhte lediglich um 1,10 €/qm und trotzdem werden die Mieten vom Amt (teilweise?) nicht übernommen bzw. den Mietern wird nahegelegt, die Wohnung zu wechseln. Frau Wardemann fragt: Wird die Energiekostensparnis hier nicht berücksichtigt?

Diese Problematik wird auch auf der Patersteeye / Wollenweberstraße, einem frei finanzierten Objekt, auftreten, so Frau Wardemann. Laut Mietspiegel erfolgt die Neueinordnung in Gruppe VI. Doch wie ist hier die Handhabung bei der Stadt?

Ein weiteres Problem, mit dem die EBG zu kämpfen hat, sind die Mieter, die Unterstützung durch die Stadt bekommen. Diese kündigen einfach die Wohnung und halten keine Kündigungsfrist ein, und die Miete wird auch nicht weiter gezahlt.

Frau Wardemann fragt nach, wie flexibel die Stadt sein kann beim Überschreiten der zustehenden Wohnungsgrößen. Sie nennt zwei Beispiele: Eine Familie mit Kind darf 75 qm haben, also eine „normale“ 3-Zimmer-Wohnung. Eine Alleinerziehende mit einem Kind darf nur 60 qm haben, möchte aber die Aufteilung einer 3-Zimmer-Wohnung. Und die sei in dieser Größenordnung nur sehr schwer zu finden.

Die Verwaltung führt aus, dass aufgrund eines richterlichen Urteils die erhöhten

Quadratmeter (von 45 auf 47 qm, von 60 auf 62 qm usw.) wieder rückabgewickelt werden, da neue Vorgaben einzuhalten sind.

Weiter wies Frau Wardemann auf den stetigen Anstieg der Betriebskosten (Be- und Entwässerung, Müllgebühr, Deichschau, Treppenhausstrom, Straßenreinigung.) hin, die von den Mietern zu tragen sind und die von der Baugenossenschaft nicht beeinflusst werden können.

Bürger können der Baugenossenschaft helfen, indem sie zur Stärkung des Eigenkapitals beitragen und Mitgliederanteile erwerben. Maximal 100 Stück à 300 € können dies sein. Und die Dividende von vier Prozent, die in den letzten Jahren ausgeschüttet wurde, mache dies zu einer attraktiven Geldanlage.

Auf die Frage von Mitglied Brockmann nach der Zahl der barrierefreien Wohnungen benennt Frau Wardemann diese mit 63. Mitglied Trüpschuch möchte wissen, ob Umbaumaßnahmen für weiteren barrierefreien Wohnraum geplant seien. Darauf antwortet Frau Wardemann, dass zum Beispiel der Einbau eines Aufzuges in den meisten vorhandenen Objekten nicht möglich sei.

Die Vorsitzende dankt Frau Wardemann für ihre Ausführungen und äußert die Hoffnung, dass in Zukunft vielleicht doch noch Neuinvestitionen beim Wohnraum erfolgen werden.

6. Gewährung von Zuschüssen zu den Betriebskosten der sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände in 2010
Vorlage: 07 - 15 0285/2010

Es wird beantragt, nach Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt, den noch zur Verfügung stehenden Betrag von 419,39 € an die AWO zu vergeben.

Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 1 Enthaltungen 1

7. Mitteilungen und Anfragen - als Anlage ist ein Schreiben der LINKEN beigelegt -

Herr Sterbenk beantwortet den Fragenkatalog der LINKEN, der allen Mitgliedern vorliegt.

Zu Punkt 1 teilt er mit, dass der Sachverhalt derzeit vom Bundesverfassungsgericht geprüft werde und dass im Falle einer Entscheidung zugunsten des Personenkreises diese sofort umgesetzt werde. Im Vorfeld jedoch seien die Betroffenen nicht informiert worden.

Zu Punkt 2 führt er aus, dass die Entscheidung, die Asylbewerber mit Lebensmittepaketen zu versorgen, vor ca. zehn Jahren getroffen wurde und dass die Versorgung reibungslos laufe. Zurzeit erhalten zehn Personen Leistungen, davon sechs Frauen. Die Männer erhalten für gemeinnützige Tätigkeiten zwischen 100 und 120 € monatlich zusätzlich. Für die Frauen stehen keine Stellen für gemeinnützige Tätigkeiten zur Verfügung. Zu Punkt 3 teilt Herr Sterbenk mit, dass monatlich Bargeld in Höhe von 40,90 € gezahlt wird. Hinzu kommen Gutscheine für Hygieneartikel.

Zu Punkt 4 informiert Herr Sterbenk, dass lediglich Name und Vorname von Leistungsempfängern zwecks Ausstellung von Fahrkarten – u.a. für Fahrten zu Bewerbungsgesprächen – der Deutschen Bahn in Emmerich mitgeteilt werden. Dies sei in der Regel erforderlich, weil das Geld für die Fahrkarte oft verspätet beantragt werde. Daten wie Geburtsdatum oder Anschrift würden aber nicht weiter gegeben.

Bürgermeister Diks beantwortet Frage 5 mit einem klaren Nein, da es sich um eine verwaltungsinterne Runde handele. Dies treffe auch auf Frage 6 zu, so Herr Sterbenk.

Zu Punkt 7 teilt Herr Sterbenk mit, dass insgesamt 260 Personen zum Kreis der unter 25-Jährigen gehören. Schüler und Alleinerziehende mit einem kleinen Kind kommen für Maßnahmen nicht in Frage. Insgesamt sind zurzeit elf Personen nicht in einer Maßnahme. Zu Frage 8 teilt Herr Sterbenk mit, dass acht Personen beim Theodor-Brauer-Haus einen 1€-Job ausüben.

Mitglied Mölder bittet die LINKEN, ihre Fragestellungen zu reduzieren, da immer wieder längst abgehandelte Themen zur Sprache kämen. Mitglied Schulte meint, dass die Verwaltung berichtenswerte Angelegenheiten sicherlich unaufgefordert vortragen werde.

8. Terminabstimmung "Interfraktionelles Gespräch"

Die Mitglieder einigen sich auf den 25. Januar 2011. Sollte an diesem Tag eine Ausschusssitzung stattfinden, findet das interfraktionelle Gespräch im Anschluss daran statt.

9. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

46446 Emmerich am Rhein, den 3. November 2010

Ute Sickelmann
Vorsitzende

Gisela Kohnen
Schriftführer/in